

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren	27.05.2021
Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern	28.05.2021

Häusliche Gewalt in der Corona-Krise

Die Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU und Volt haben folgende Anfrage eingereicht:

Die Corona-Pandemie verlangt von uns allen durch Isolation und Verzicht auf physische Kontakte viel ab. Für Menschen, die von häuslicher Gewalt bedroht sind, hat die derzeitige Situation enorme Auswirkungen auf ihre Sicherheit und verschärft ihre Lage, insbesondere wenn räumliche Enge besteht und die Möglichkeiten, auszuweichen, reduziert sind. Nach einigen Wochen im ersten Lockdown, konnte vergangenes Jahr noch keinen Anstieg häuslicher Gewalt verzeichnet werden (1125/2020). Nach Bericht der Welt am Sonntag sind die Zahlen von häuslicher Gewalt 2020 im Vergleich zu 2019 in NRW um fast acht Prozent gestiegen. Es ist aber durchaus zu befürchten, dass eine große Dunkelziffer besteht (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article230983679/Zahl-der-Opfer-haeuslicher-Gewalt-steigt-um-sechs-Prozent.html>).

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie viele Fälle von häuslicher Gewalt hat die Verwaltung im vergangenen Jahr verzeichnet, gab es einen Anstieg im Vergleich zu 2019? Wenn ja, was ist der Hintergrund für den Anstieg der Zahlen?

Antwort der Verwaltung:

Die absoluten Zahlen der in 2020 verzeichneten Fälle häuslicher Gewalt liegen der Verwaltung noch nicht vor. Am 25.05.2021 gab es zu dieser Frage jedoch einen Austausch in der Steuerungsgruppe des Netzwerkes gegen häusliche Gewalt.

Dort wurde festgestellt, dass im Wesentlichen kein Anstieg der registrierten Fälle häuslicher Gewalt im letzten Jahr verzeichnet werden kann. Seitens der Polizei wurde sogar ein leichter Rückgang der bekanntgewordenen Fälle festgestellt. Dafür stieg in vergleichbarem Maße der Anteil der Selbstmelder*innen.

2. Welche zusätzlichen Maßnahmen sind zur Unterstützung der Betroffenen geplant? Sind auch zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten vorgesehen?

Antwort der Verwaltung:

Wegen des befürchteten, jedoch nicht feststellbaren Anstiegs von Fällen häuslicher Gewalt infolge der Pandemie, wurden bereits in 2020 verschiedenen Maßnahmen ergriffen, um veränderten Bedarfen gerecht zu werden.

So wurden für die Krisenintervention zusätzliche Aufnahmeplätze im Rahmen des „Clearingwohnens“

geschaffen. Zudem wurde zusätzlich Öffentlichkeitsarbeit betrieben, um auf bestehende Hilfsangebote hinzuweisen.

Nachdem die Mitarbeitenden der Interventions- und Beratungsstellen mittlerweile annähernd vollständig den Impfschutz haben, konnte zudem die Beratung in persönlichen Gesprächen wieder aufgenommen werden. Dies wird wegen der auch teilweise pandemiebedingten zunehmenden Komplexität der Fälle (Sicherung Beschulung der Kinder in Aufnahmefällen etc.) auch als besonders erforderlich angesehen.

3. Wie können niederschwellige Angebote ausgebaut und Hürden zur Kontaktaufnahme verringert werden, um möglichst für möglichst viele Betroffene erreichbar zu sein und die Dunkelziffer zu verkleinern?

Antwort der Verwaltung:

Die bestehenden Hilfsangebote sind schon auf einen niederschweligen Zugang ausgerichtet. Es ist geplant, nochmals medienwirksam eine Öffentlichkeitsinitiative zeitnah durchzuführen, um nochmals auf die bestehenden Hilfsangebote und den Zugang zu diesen hinzuweisen. Wir erhoffen uns davon, noch diejenigen Opfer häuslicher Gewalt zu erreichen, die bislang noch keine Kenntnis von Hilfemöglichkeiten haben.

Die Antwort bitten wir auch dem Gleichstellungsausschuss zur Verfügung zu stellen.

gez. Dr. Rau